Morgen-Ausgabe Nr. 543 Sonnabend, 19. November 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: Bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbez. RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7× wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; ausserh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; ausserh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf., Sudetenland 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Vorschrifte Nr. 7: Millimeterzeile (23 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England will das Predigen nicht lassen

Indienminister nimmt die Juden in Schutz

London, 18. November.

Der britische Indienminister Lord Zetland hielt am Freitag in Torquay eine Rede, in der er sich auch mit den deutschen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden nach dem feigen Meuchelmord des Judenjungen Grünspan an dem jungen Gesandtschaftsrat vom Rath beschäftigte. In völliger Verständnislosigkeit gegenüber der spontanen Abwehraktion des gesamten deutschen Volkes gegen die neue Herausforderung des Weltjudentums erklärte der Minister, daß seine im Anschluß an München gehegten Hoffnungen durch die Ereignisse der letzten Wochen in Deutschland stark erschüttert worden seien. (!)

Zwar muß auch Lord Zetland zugeben, daß man nur Abscheu für das scheußliche Verbrechen empfinden könne, das der polnische Jude begangen habe, der einen unschuldigen deutschen Diplomaten ermordet habe. Dann aber mischt sich der Lord unbekümmert in die deutsche Innenpolitik und lamentiert, „man stehe bestürzt vor den Vergeltungsmaßnahmen, die Deutschland gegen Tausende von unschuldigen Personen ergriffen habe".

Dr. Goebbels habe erklärt, daß die Reichsregierung es nicht wünsche, daß England daran Interesse nehme, wie Deutschland die Judenfrage löse. Für diese eindeutige und in jeder Weise gerechtfertigte Erklärung findet der britische Minister eine im höchsten Grade erstaunliche Erwiderung. Der einzige Kommentar, den er dazu abgeben wolle, so erklärte er, sei lediglich der, daß selbst ein solcher Wunsch einer so hochgestellten Persönlichkeit, wie der des Reichsministers für Volksaufklärung, nicht imstande sei, das „Gewissen" eines ganzen Volkes, und zwar nicht nur des englischen, sondern der „ganzen zivilisierten Welt" zu unterdrücken. (!) Schon aus menschlichen Erwägungen erheische das deutsche Judenproblem eine eilige Behandlung auf internationalem Gebiet. Man könne versichert sein, daß die britische Regierung diesem Problem ihre „ernstesten Erwägungen" widme. Dabei soll es aber offensichtlich — wie stets bisher — im wesentlichen bei den „Erwägungen" bleiben, denn der Lord fügt hinzu, daß die britische Regierung bereit sein werde, eine Freistätte innerhalb des britischen Imperiums für „einige" von ihnen zu finden.

•

Es gibt eine Schauergeschichte des Amerikaners Edgar Allan Poe, in der von einem Mörder erzählt wird, der zynisch genug ist, sich vor dem Kriminalbeamten, der zur Untersuchung in seine Wohnung kam, direkt über der unter den Dielen verborgenen Leiche seines Opfers in längeren Moralgesprächen zu ergehen. Diese Geschichte fällt einem sofort ein, wenn man die Worte Lord Zetlands, ausgerechnet eines Indien-Ministers, liest: „Bestürzt von den Vergeltungsmaßnahmen", „Weltgewissen" ... Es ist noch nicht allzulange her, da hat England in Indien, wie Minister Zetland wohl wissen dürfte, Sepoys zur Vergeltung an Kanonen gebunden und zerschossen. Vorher hatten englische Steuereinnehmer mit den unmenschlichsten Foltergualen die Bevölkerung so lange drangsaliert, bis es zu dem Aufstand von 1857 kam. Im englischen Unterhaus wurden auch damals Anfragen über die Methoden dieser Steuereinnehmer gestellt, die den Frauen Quetschen an die Brüste setzen und die Männer mit Bastseilen zu Fragezeichen zusammenschnüren und peitschen ließen, um das letzte versteckte Geld aus ihnen herauszupressen. Wir können im Angesicht der Vergeltungsmaßnahmen in Palästina, der täglichen Sprengung arabischer Häuser und Erschießung arabischer Freiheitskämpfer dem also moralisch zutiefst über zerschlagenen Fensterscheiben Entrüsteten nur sagen: Hättest du doch den Mund gehalten.

Simon zur Judenansiedlung

London, 18. November.

In einer Rede vor Regierungsanhängern in Rhyl (Nord-Wales) glaubte auch Schatzkanzler Sir John Simon zur Lage der Juden in Deutschland Stellung nehmen zu müssen. Er teilte mit, daß die Regierung sich mit einer Reihe von Kolonien in Verbindung gesetzt habe, um festzustellen, ob es möglich sei, dort Emigranten aus Deutschland anzusiedeln. Die Regierung sehe die Frage dieser Emigranten als äußerst dringend an und wolle den denkbar größten Beitrag zu ihrer Ansiedelung außerhalb Deutschlands erbringen. Gleichzeitig betonte der Minister jedoch, daß man „die Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen in den Kolonien nicht überschätzen dürfe".

Staatsbesuch Lebruns in London

London, 18. November.

Wie offiziell bekanntgegeben wurde, wird der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Lebrun in London vom 21. bis 24. März nächsten Jahres stattfinden. Die offizielle Ankündigung besagt, daß der Staatspräsident und Frau Lebrun die Einladung zu diesem Datum angenommen haben.

Die Hintergründe

Unmittelbar nach dem jüdischen Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath verurteilte die öffentliche Meinung der Welt einhellig das Verbrechen. Das Judenproblem war erneut aufgeworfen und trat in seiner weltweiten Bedeutung in die Erscheinung. Diese Wirkung seiner Bluttat sah Israel mit Bestürzung. Es erkannte die Größe einer Gefahr, der es zwar auf die Dauer nicht entrinnen kann, der es sich aber noch zu erwehren sucht, solange es wesentliche Teile der Formung der öffentlichen Meinung der Welt in Händen hält. Die Abwehr wird ihm leicht gemacht in den Ländern demokratisch-liberalistischen Denkens, denn die in ihnen herrschende Geisteshaltung kommt den jüdischen Bestrebungen entgegen, fördert sie sogar. Dadurch gelang es dem Judentum, den Dreh zu finden, von der Ursache auf die Wirkung abzulenken, und alle die Cliquen, die wir seit Jahren kennen, schäumen zur Zeit über vor Entrüstung über Deutschland und die Maßnahmen des Dritten Reiches zur Brechung der jüdischen Machtpositionen. Man soll dieses Gezeter nicht überschätzen. Seine Nebelwand wird doch recht erheblich von aufrechten Stimmen durchstoßen, die die Mache erkennen und keine Neigung zeigen, sich vor den jüdischen Karren spannen zu lassen. Aber man soll auch nicht unterschätzen. Die Ablenkung des allgemeinen Interesses auf Vorgänge in Deutschland kommt manchen politischen Bestrebungen sehr entgegen, und von hier aus wird der Hetze eine Hilfsstellung geleistet, in deren Genuß sie sonst schwerlich gelangen würde. Bezeichnenderweise sind es gerade die beiden angelsächsischen Länder, die sich in der Duldung der jüdischen Umtriebe hervortun. Da ist es nun recht aufschlußreich, die Hintergründe zu beleuchten, um derentwillen es geschieht. Im englischen Unterhaus wurden am Donnerstag recht peinliche Fragen über das britische Vorgehen in Palästina gestellt. Dieses ist ja tatsächlich allmählich zu einem Skandal geworden, der es in sich hätte, in der ganzen Welt die britische Kolonialpolitik anzuprangern als das, was sie ist, nämlich als eine Kette unerhörter Rücksichtslosigkeit und Härte. Das Foreign Office hat Vorsorge getroffen, die Ereignisse nicht allzu bekannt werden zu lassen. Ueber alle Berichte aus Palästina ist schärfste Zensur verhängt. Kein Journalist soll mehr die Möglichkeit besitzen, über die Niederbrennung und Sprengung von Wohnstätten der Araber vom Tatorte aus als Augenzeuge unter dem Eindruck des Erlebens zu berichten, sondern die Zensur streicht alles heraus, was der britischen Militärdiktatur in Palästina nicht genehm ist. So scheut man die Wahrheit. Und die sattsam bekannten Organe Englands, die seit langem das System verfolgen, immer wenn etwas Unliebsames in der Welt geschieht, sich Lügen über Deutschland aus den Fingern zu saugen, erfinden mit Hochdruck Greuelnachrichten über Judenverfolgungen, die Meisterleistungen der Heuchelei darstellen.

Ganz das gleiche in den Vereinigten Staaten. Wir täten den Kolporteuren der Greuelmärchen zuviel Ehre an, wollten wir uns im einzelnen mit den Erzeugnissen ihres Geistes herumschlagen. Aber gewisse Linien der Politik Washingtons verdienen wie die Englands nähere Beleuchtung. Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen in der Vorbereitung der Panamerikanischen Konferenz in Lima. Es ist an dieser Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß sich hinter dem von Washington lancierten Schlagwort „Politik der guten Nachbarschaft" nichts anderes verbirgt als das Bestreben, den politischen Schutzengel für ganz Südamerika zu spielen. Mit den kühnsten Verrenkungen versucht die nordamerikanische Presse den Staaten des Südkontinents ihre Schutzbedürftigkeit klarzumachen. Da wird so breit wie der Amazonenstrom lang ist geschwindelt, die autoritären Staaten, besonders natürlich Deutschland, verfolgten finstere Pläne in Südamerika. Ja, man malt militärische Angriffe über den Atlantik und den Stillen Ozean hinweg an die Wand, und Phantastereien über den Machtbereich der deutschen Luftwaffe sollen ein übriges tun, Argentinien, Brasilien, Chile, Ekuador, Uruguay und Paraguay einzuflüstern, wie notwendig es sei, unter die uneigennützigen Fittiche des großen Bruders im Norden zu schlüpfen. Nur — davon redet man nicht, daß hinter dieser liebevollen Fürsorge volle fünf Milliarden Dollar jüdischer Kapitalinvestierungen in Südamerika stehen; darüber schweigt das Kapitol in Washington, daß das amerikanische Judentum den riesigen Einfluß, den es in den Vereinigten Staaten besitzt, nur zu gern auf dem Südkontinent der Neuen Welt zu gleicher Blüte entfaltet sähe.

Doch es gibt einen Spruch, der lautet: „Die Wahrheit siegt!" Er hat seinen tiefen Sinn in der politischen

„Ich übernehme ganz allein die Verantwortung"

Daladier vor der radikalsozialen Kammergruppe – Staatsausgaben um 20 Milliarden gestiegen

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 18. November.

Mit gleicher Festigkeit, wie Daladier am Donnerstagabend auf dem Festessen der Direktoren und Chefredakteure der großen Pariser Zeitungen erklärte, er werde sich auf keinen Fall bei der Durchführung des Dreijahresplanes stören lassen, hat er auch am Freitagmorgen vor den Mitgliedern seiner Partei den Willen der Regierung zur Durchführung der Wiederaufbauarbeit im Lande dargelegt. Er hat hierbei vor allem den radikalsozialen Abgeordneten auseinandergesetzt, welche Gründe ihn bestimmt haben, die neuen Notverordnungen zu erlassen.

Nach ergänzenden Nachrichten über die Sitzung der radikalsozialen Kammergruppe hat Ministerpräsident Daladier vor seinen Parteifreunden u. a. erklärt, er übernehme ganz allein die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen und die Unpopularität, die sie zur Folge haben könnten. Diese Anstrengung werde er aber nur machen, wenn seine Partei mit ihm einig sei. Im Jahre 1926 hätten die Radikalsozialen die durch die Finanzlage des Landes notwendig gewordenen Anstrengungen nicht machen wollen. Sie seien damals praktisch 8 Jahre von der Regierung ausgeschlossen gewesen. Seit 1936 seien die ordentlichen Ausgaben des Staates um 20 Milliarden gestiegen, diejenigen der Eisenbahn um 8 Milliarden und die Ausgaben der Gemeinden um 7 Milliarden. In weniger als zwei Jahren habe man 200 000 neue besoldete Stellen geschaffen. Diese Lage könne nicht weiter andauern. Wenn man nichts dagegen unternehme, müsse man für das Jahr 1939 mit über 66 Milliarden allein für die ordentlichen Ausgaben des Staates rechnen.

Die Regierung habe geglaubt, die erforderlichen Maßnahmen treffen zu müssen, um diesen Zustand zu ändern. Diese Maßnahmen seien hart, aber die Regierung sei der Ansicht, daß sie durchgeführt werden müßten. Wenn man das nicht wolle, solle man es sagen. Das würde aber eine Ministerkrise bedeuten.

Auf den Einwurf des ehemaligen Unterstaatssekretärs de Tessan, daß er im Plan der Regierung die Vorschläge des vormaligen Finanzministers Marchandeau und des Handelsministers Gentin vermisse und daß er wegen der Mehrheit, die die Regierung unterstützen könnte, beunruhigt sei, antwortete Daladier: „Sie wollen wissen, mit welcher Mehrheit ich regieren werde? Ich werde an alle Republikaner appellieren. Wenn man die Regierung stürzen will, so soll man das sagen; aber diejenigen, die nach mir folgen würden, würden ihren Weg durch Ruinen zu suchen haben."

Am Freitag ging der in allen politisch interessierten Kreisen Frankreichs mit Spannung verfolgte Kongreß des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes zu Ende. Die Kommunisten hatten versucht, diesmal die Leitung dieser größten französischen Gewerkschaft fest in die Hand zu bekommen, was ihr innerpolitisches Schwergewicht bedeutend erhöht haben würde. Dies ist ihnen nicht gelungen, im Gegenteil, der Kongreß hat gegen eine starke kommunistische Minderheit einen Beschluß angenommen, daß die politische Unabhängigkeit des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes aufrecht erhalten werden müsse und daß es notwendig sei, Einflußnahmen von außen her abzulehnen. Der bisherige Generalsekretär Leo Jouhaux wurde wiedergewählt.

Die sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten haben am Freitagnachmittag im Finanzausschuß der Kammer in heftigen Worten gegen die neuen Notverordnungen Einspruch erhoben. Paul Reynaud und Daladier, die ursprünglich die Absicht hatten, bei dieser Sitzung die Verordnungen zu verteidigen, waren durch den zu gleicher Zeit stattfindenden Ministerrat am Erscheinen verhindert. Im Ministerrat vom Freitag nahmen die Ausführungen Bonnets über die allgemeine politische Lage und den bevorstehenden Besuch Chamberlains und Lord Halifax' in Paris den größten Raum ein. Vor dem Ministerrat hatte Bonnet eine längere vertrauliche Unterredung mit Daladier im Kriegsministerium.

Botschafter Dr. Dieckhoff zur Berichterstattung nach Berlin berufen

Berlin, 18. November.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Hans Dieckhoff, ist am Freitag zur Berichterstattung nach Berlin berufen worden.

Handrick zum Major befördert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. November.

Olympiasieger Gotthard Handrick ist am 9. November zum Major der Luftwaffe befördert worden. Handrick hat sich, wie wir kürzlich berichteten, unlängst verlobt.

HEUTE:

Entfesselter Mammon

Tatsachenbericht aus den letzten Monaten der Inflationszeit